



# Grünschnabel

Zeitung der unabhängigen Wählergemeinschaft Grüne Liste Büttelborn

## GLB setzt „Bürgerforum für die Büttelborner Mitte“ durch

Die GLB möchte endlich wieder Bewegung in die Gestaltung der Büttelborner Mitte bringen. Viele Fragen stellen sich, will man weiterhin die Attraktivität des Kerns Büttelborns erhalten. Auf Antrag der GLB richtet die Gemeinde ein fachbegleitetes Bürgerforum zur Entwicklung des Büttelborner Zentrums ein.

Bei nur vier Enthaltungen aus den Reihen der CDU und SPD konnte die GLB im Rahmen der Beratungen des Gemeindehaushalts für das Jahr 2014 ihren Antrag durchsetzen, dessen zentrale Forderung lautete: „Die Gemeinde richtet ein fachbegleitetes Bürgerforum zur Entwicklung des Büttelborner Zentrums ein.“ Mit diesem Vorstoß möchte die GLB endlich wieder Bewegung in die Gestaltung der Büttelborner Mitte bringen, denn seit die Gemeinde vor sechs Jahren das Anwesen Mainzer Straße 15 direkt neben der Gemeindeverwaltung kaufte, ist faktisch nichts passiert. Es gab zwar einige Vorschläge, wie man die Immobilie nutzen könnte – als Kulturscheune oder für die Unterbringung des Heimat- und Geschichtsvereins – aber über das Ideenstadium kamen diese nicht hinaus, da keine seriösen Finanzierungen genannt wurden.

Viele Fragen stellen sich, will man weiterhin die Attraktivität des Kerns Büttelborns erhalten und möglichst noch steigern, um einer erdenklichen Verödung entgegen zu wirken:

- Wie könnte man das Areal zwischen altem und neuem Rathaus architektonisch gestalten und was sagt der Denkmalschutz dazu?
- Wie können sich die „kleinen Geschäfte“ dort halten neben dem übermächtigen Helvetiapark vor den Toren Büttelborns?
- Wie stellen sich die Bürger/innen eine lebendiges Zentrum Büttelborns vor, was sagt der Gewerbeverein, aber auch andere Interessensverbände wie et-



- wa die Generationenhilfe, u.a.?
- Welche Funktionen soll die „Büttelborner Mitte“ für die Bürger/innen bereitstellen?
- Braucht es Platz für weiteres Gewerbe, Geschäfte, Büros, Wohnen, medizinische Versorgung?
- Was fehlt neben dem bestehenden Café, den Kneipen/Restaurants, dem Bäcker, der Post im Lantermann, dem Fitness- und Tanzstudio, dem Optiker, dem Bonus-Markt, dem Sportfachgeschäft, den Banken, etc. im Umfeld?
- Wie viel Platz benötigt die Gemeindeverwaltung für zukünftige Aufgaben und für die aus-

gelagerten Teile des Fachdiensts III (Soziales, Sport, Kultur und Öffentlichkeitsarbeit)? Ist einer Auslagerung der Feuerwehr – z.B. zum Bauhof hinfinanziell möglich, um Platz zu schaffen? Oder ist ein Anbau an das Rathaus die sinnvollere Maßnahme?

• Was kann/soll/muss sich die Gemeinde angesichts der Haushaltsdefizite und dem Druck zur Konsolidierung leisten? Welche Rolle können private Investoren oder auch Baugenossenschaften spielen?

Dies sind nur einige Fragen, die dringend diskutiert werden müssen. Zur Moderation des nun be-

schlossenen Forums braucht es eine fachlich versierte Persönlichkeit, die als Planungsingenieur oder Architekt den Bürger/innen beratend zur Seite stehen soll. Die GLB spricht sich dafür aus, alle im Forum genannten Ideen zu sammeln, zu einem groben Konzept zu verdichten und letztlich in eine rechtsverbindliche Gestaltungssatzung einzubringen, die bis Ende 2014 verabschiedet werden sollte. Diese Satzung würde die Rahmenbedingungen beinhalten, in denen anschließend seitens der Gemeinde gehandelt werden soll. Mit dem Gemeindehaushalt 2015 könnten dann erste Akzente gesetzt werden.

## Klartext

### Politikverdrossenheit?

Nach über zweieinhalb Jahren Diskussionen um Notwendigkeit, Standorte, Finanzierung und unmittelbar vor Erreichung des Ziels stehen die Projekte Skate- und BMX-Anlage in der Gemeinde Büttelborn nun offenbar vor dem endgültigen Aus. Lärmschutzgutachten stellen die Standorte in Frage.

Die Verwaltung der Gemeinde Büttelborn hatte die Planung der beiden Anlagen anscheinend nicht im Griff. Spätestens als die Anwohner an der Sporthalle Klein-Gerau beim Ortstermin vehement wegen etwaiger Lärmbelästigung auf die Barrikaden gingen, hätte man entsprechende Lärmschutzverordnungen prüfen müssen. Der Lärm schien kein großes Problem zu sein. Argumente wie „soziale Kontrolle“ um die Jugendlichen innerorts zu integrieren, klingen ja auch durchaus plausibel.

Die Jugendlichen, die die Anlagen angeregt hatten und bei der Planung geholfen haben, werden vor den Kopf gestoßen. So können wir nicht gegen Politikverdrossenheit bei der Jugend angehen.

Hier sind alle Beteiligten, Verwaltung und Kommunalpolitik, gefragt, diese Projekte doch noch zu ermöglichen. Die GLB hat bereits beantragt, mögliche Alternativstandorte zu prüfen.

## In eigener Sache

Der von uns konzipierte Grünschnabel soll Ihnen einen Einblick in unser kommunalpolitisches Wirken geben. Es sind hier hauptsächlich aktuelle Themen zu finden, mit denen wir uns als Fraktion beschäftigen. Daneben gibt es in großem Umfang weitere Themen, mit denen wir uns regelmäßig auseinandersetzen. Es ist der GLB wichtig, die Bürgerinnen und Bürger über die politische Arbeit und unsere Meinung zu den Themen direkt zu informieren.

- Vielleicht haben wir durch dieses Informationsblatt Ihr Interesse an der Kommunalpolitik geweckt?
- Vielleicht haben Sie beim Lesen der Artikel das Gefühl gehabt, dass „die von der GLB“ sich engagiert einsetzen und auch wirklich etwas tun?
- Vielleicht haben Sie Lust bekommen auch einmal mitzumachen?
- Vielleicht gibt es bestimmte Themen bei denen Sie sich vorstellen könnten, bei uns mitzuarbeiten?
- Vielleicht haben Sie das Bedürfnis verspürt in eine Fraktions-sitzung der GLB zu kommen?

Wir freuen uns auf Menschen, die sich kommunalpolitisch bei uns einbringen möchten und an einer Mitarbeit interessiert sind. Zum ersten Kennenlernen: Die Fraktionssitzungen der GLB sind öffentlich und Gäste sind immer willkommen.

Gerne können Sie auch telefonisch Kontakt mit uns aufnehmen. Wir freuen uns auf Sie!

## GLB tritt für die Verbesserung der Feldwege in der Gemeinde ein

Auf Antrag der GLB-Fraktion hat die Gemeindevertretung im Dezember im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2014 beschlossen, dass im Budget zugunsten der Unterhaltung der Feldwege zusätzliche Mittel in Höhe von 10.000,00 € umgeschichtet werden.

Hintergrund dieses Antrages war eine jeweils halbtägige Befahrung der Feldwege in allen drei Ortsteilen, an denen die Ortslandwirte, Vertreter der Naturschutzverbände sowie Gemeindevertreter und die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter teilgenommen haben. Dabei stellte sich heraus, dass es einen größeren Stau bei

der Instandsetzung und Unterhaltung der befestigten und unbefestigten Wege gibt; eine lange Mängelliste wurde zusammengestellt, die geordnet nach Prioritäten in den kommenden Jahren abgearbeitet werden soll.

Des Weiteren soll eine Feldwegesatzung die Interessen aller Nutzer (Landwirte, Spaziergänger, Radfahrer, u.a.) untereinander regeln und z.B. das Verursacherprinzip bei Beschädigungen der Wege und Seitenstreifen fest-schreiben.

Der Satzungstext wird derzeit in den Gemeindegremien und mit den Ortslandwirten beraten, eine Verabschiedung soll im Mai erfolgen.



Das Bild zeigt den Zustand eines Feldweges in der Gemarkung Worfelden nach Befahrung mit schweren LKW

## Ska Keller, junges Gesicht in Europa



Ska Keller wurde im Jahr 2009 im Alter von 27 Jahren ins Europäische Parlament gewählt, wo sie der Fraktion Die Grünen/EFA angehört. Ska ist 1981 im heutigen Guben, Brandenburg (ehemals Wilhelm-Pieck-Stadt Guben, DDR) geboren. Vor ihrer Wahl ins Europaparlament war sie u. a. Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND, Sprecherin der Federation of Young European Greens (FY-EG) sowie Landesvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen in Brandenburg. Sie bildet mit dem Grünen José Bové aus Frankreich das grüne Spitzenduo in Europa.

## Sie sagt über sich:

Mit meiner Arbeit hoffe ich nichts weniger, als die Welt zu verändern. Das passiert oft in kleinen Schritten und man braucht einen langen Atem. Aber mir ist es wichtig, immer klar zu haben, wohin die Reise geht. Nur wer weiß, was das Ziel ist, kann auf dem Weg dahin Umwege und Trippelschritte in Kauf nehmen.

wie man selbst am besten fährt, sondern immer die Belange anderer Menschen mitzudenken. Ich verstehe mich als europäische Abgeordnete, die auch über die europäischen Grenzen hinwegschaut. Ich streite für ein gerechtes, faires Europa, das Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit nicht nur im Inneren beachtet, sondern auch bei den Außenbeziehungen.

Für mich ist Europa ein großartiges Projekt, das Potential hat, nationale Grenzen aufzuweichen – an den Schlagbäumen und in den Köpfen. Es ist ein Projekt, das formbar ist und das von den Menschen abhängt, die mitmachen wollen. Deswegen ist es für mich



zentral, über meine Arbeit und über das, was in der EU passiert, zu informieren und Leute zum Mitmachen anzuregen.

Nur wenn wir alle uns engagieren und einbringen wird Europa so, wie wir das wollen. Und wenn ich „alle“ sage, meine ich „alle Menschen in Europa“.

## Europawahl 2014 – Ein klares Bekenntnis für Die GRÜNEN

Die Grünen streben bei der Europawahl im Mai ein zweistelliges Ergebnis an – und wollen das mit klassischen Themen schaffen.

Mit einem klaren Bekenntnis zu Europa und einer auf mehr Klima- und Verbraucherschutz gerichteten Politik wollen die Grünen bei der Europawahl verlorenen Boden gut machen. Die Partei verabschiedete auf dem Parteitag in Dresden ihr Programm für die Wahl des EU-Parlaments Ende Mai.

Parteichefin Simone Peter erklärte nach der Abstimmung über das Programm: „Wir haben gezeigt, dass wir Europa verändern und verbessern wollen.“ Ökologie – und damit ein ungrünes Thema – steht dabei wieder ganz vorne.

## Zusammenarbeit bei der Energiewende

Die Grünen bekräftigen ihr Angebot an die Bundesregierung zur Zusammenarbeit bei der Energiewende. Zugleich kritisierten sie aber scharf Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sowie EU-Energiekommissar Günther Oettinger. Sie warfen ihnen vor, den Klimaschutz auszubremsen, den Ausbau erneuerbarer Energien zu vernachlässigen und klimaschädliche Kohlekraftwerke zu fördern.

Die Grünen sprechen sich dafür aus, die Verhandlungen der EU mit den USA über ein Freihandelsabkommen vorerst zu beenden und einen neuen Anlauf für die Gespräche zu nehmen: „Wir fordern die Aussetzung der Verhandlungen und einen kompletten Neustart“, heißt es im Programm. Sozial-, Umwelt-, Lebensmittel-, Ge-



Rebecca Harms & Sven Giegold sind das Spitzenduo der Europaliste.

sundheits- und Datenschutz-Standards dürften nicht untergraben werden. Die laufenden Verhandlungen kritisieren die Grünen als „völlig intransparent“.

## Beschränkung auf das Wesentliche

In ihrem Wahlprogramm grenzen sich die Grünen eindeutig von der eurokritischen Partei AfD und Teilen der Linkspartei ab. „Dem anti-europäischen Populismus von Rechts und Links stellen wir eine klare Botschaft entgegen. Europa ist unsere gemeinsame Zukunft“. Ko-Fraktionschef Anton Hofreiter erneuerte das Angebot der Grünen, bei der Energiewende mit der großen Koalition an einem Konsens auch mit den Ländern zu arbeiten. Konstruktive Zusammenarbeit bedeute aber nicht, dass die andere Seite falsche Vor-

schläge anbiete. Schmutzige Braunkohle werde weiter gefördert und der Ausbau des kostengünstigen Windkraft-Stroms gedeckelt, kritisierte Hofreiter. „Wir Grüne sind nicht bereit, absurde Politik mitzutragen.“ Von der EU und Deutschland forderte er „starke Klimaschutzziele“.

Scharfe Kritik übte Hofreiter an Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) und dessen Äußerungen zum Stromnetz-Ausbau. Seehofer sei „schon wieder ziemlich durchgeknallt“. Erst wolle er in Bayern die Windkraft abwürgen und jetzt auch den Netzausbau. Dies sei ein „massiver Anschlag auf die Versorgungssicherheit“. Womöglich plane der CSU-Chef eine Rückkehr der Atomkraft: „Diese Politik von Herrn Seehofer und Konsorten werden wir nicht durchgehen lassen.“

## Warum die Energiewende mehr politische Souveränität für Europa bringt

Will Europa mehr politische Handlungsfreiheit, dann müssen wir unsere Abhängigkeit von Energieimporten verringern. Das gelingt nur mit mehr Erneuerbaren Energien und mehr Klimaschutz.

Nicht nur Deutschland ist abhängig vom russischem Gas. Ganz Europa hängt am Tropf der Importe von fossiler Energie. Europa importiert jährlich für eine halbe Billion Euro Kohle, Öl, Gas und Uran. 84 Prozent des Ölbedarfs der Europäischen Union wird außerhalb ihrer Grenzen gefördert. Bei Uran sind es 100 Prozent, davon kommen 20 Prozent aus Russland. Bei Erdgas beträgt die Importquote 45 Prozent.

Deutschland bezahlt für seine Importe mehr als 90 Milliarden Euro pro Jahr. Aus Russland kommen mehr als 20 Prozent unserer Steinkohle, 34 Prozent unseres Erdöls und 31 Prozent unseres Erdgases. Die Deutschen zahlen jedes Jahr 33 Milliarden Euro in die Taschen der russischen Oligarchie.

Wenn Europa seine Sanktionen nach der Annexion der Krim durch die einstige Garantiemacht Russland stufenweise steigern möchte, sind die Mittel beschränkt. Für wirtschaftspolitische Sanktionen im Energiebereich fehlt sowohl Glaubwürdigkeit als auch Effektivität. Beim Erdöl reichen die deutschen Reserven für volle 59 Tage, bei Erdgas sind es je nach Witterung 75 bis 80 Tage und sie liegen zum Teil in Kavernen, die Gasprom gehören. Am ehesten könnten wir noch den Ausfall der Steinkohle-Lieferungen verkraften. Zum Teil sind die Importe nicht entschädigungsfrei zu stoppen, weil langfri-

stige Lieferverträge bestehen oder die Erschließung vorfinanziert wurde.

Würde Europa seine Abhängigkeit von Energieimporten verringern, könnte es gleichzeitig seine außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten erhöhen. Daraus folgt: Wer mehr politische Souveränität für Europa will, muss mehr Energiewende, mehr Klimaschutz wagen. Eine konsequente Energie-



wende erhöht unsere politische Souveränität.

Der Bevölkerung ist Energieunabhängigkeit wichtig. Fast 75 Prozent der Bundesbürger streben sie an. Damit steht sie in der Rangfolge sogar noch höher als der Atomusstieg, den 69 Prozent befürworten. Mehr Energieunabhängigkeit gibt es nur mit weniger Im-

porten, nur mit einem Mix aus mehr Erneuerbaren, mehr Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung.

Deutschlands Energiewende ist ein Beispiel für einen Gewinn an Unabhängigkeit und Souveränität. Der stürmische Ausbau der erneuerbaren Energien erspart uns nicht nur jährlich rund 150 Millionen Tonnen Treibhausgase. Er macht pro Jahr auch Importe im

Hälfte der heutigen Importrechnung.

Die Energiewende war bisher nur eine Stromwende. Der Wärmebereich ist außen vor geblieben. Gas wird bei uns zu mehr als 90 Prozent für Wärmebereitstellung verbrannt. Wer sich vom russischen Gas unabhängig machen will, muss endlich ein anspruchsvolles Programm zur Gebäudesanierung auflegen und einen Energieparafonds für Investitionen in der Industrie einrichten.

Und wer unsere Ölimporte mindern will, der darf nicht wie Frau Merkel in Brüssel anspruchsvolle Verbrauchsobergrenzen für Autos blockieren, im Dienst von BMW. Er muss den Verbrauch der gesamten Kfz-Flotte schneller senken und auf Elektromobilität setzen.

Wir brauchen anspruchsvolle Klimaschutzziele, Ausbauziele für Erneuerbare wie für Energieeffizienz für die EU – unterlegt mit verbindlichen Zielen für jeden einzelnen Mitgliedstaat. Dem verweigern sich Kommission und Rat, Deutschland und Polen vorneweg.

Dabei ist dies eine Frage europäischer Souveränität. Will Europa mehr politische Handlungsfreiheit, dann müssen wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energieimporten verringern. Das gelingt nur mit mehr Erneuerbaren Energien und mehr Klimaschutz.

Zusammenfassung eines Gastbeitrags von Jürgen Trittin in der FAS



Im Europäischen Parlament funktioniert das meiste nur über solche Umwege und Trippelschritte. Um konkrete Verbesserungen für Menschen zu erreichen, muss man Kompromisse eingehen, man muss Prioritäten setzen und Entscheidungen treffen, deren Tragweite sich nicht immer absehen lässt. Trotzdem finde ich es richtig, auf konkrete Veränderungen jetzt zu setzen, mögen sie auch klein sein, und nicht auf die Weltrevolution zu warten.

Ein Grundsatz meiner Politik ist, nicht nur darauf zu schauen,

## IMPRESSUM

## Grünschnabel

## Herausgeber:

Unabhängige Wählergemeinschaft Grüne Liste Büttelborn (GLB)  
**V.i.S.d.P. und Kontakte:**  
 Ute Kroiß, Moselstraße 14,  
 64572 Worfelden, Tel: 8 14 38  
 Andreas Peters, Mühlgarten 25,  
 64572 Klein-Gerau, Tel: 8 38 00  
 Andreas Barthel, Platanenstr. 21,  
 64572 Büttelborn, Tel: 5 32 50

## Hunde und Verantwortung

Liebe Hundehalter/innen, seit dem 1. Januar 2014 gibt es eine neue Hundesteuersatzung in der Gemeinde Büttelborn. Tierheimhunde können auf Antrag für 3 Jahre befristet von der Hundesteuer befreit werden. Damit haben die Gemeindevertreter auf Initiative der GLB ein (zumindest kleines) Zeichen für den Tierschutz gesetzt.

Aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger finden diese neue Regelung gut. Es wird befürchtet, dass es zukünftig mehr Hunde in Büttelborn geben wird und sich damit auch die Probleme von Hundekot und freilaufenden Hunden verstärken werden.

### Ich möchte deshalb alle Hundehalter/innen bitten:

Gehen Sie verantwortungsvoll mit Ihrem Hund und auch mit Ihren Mitmenschen um.

Lassen Sie Ihren Hund nicht auf Bürgersteige, Wege und in öffentliche Anlagen sein „Geschäft“ machen. Falls doch einmal, dann entfernen Sie den Hundekot mit entsprechenden Hilfsmitteln.

Auch auf bepflanzten Ackerflächen, gerade bei Gemüse, Salat oder ähnlichem Anbau, hat Hundekot absolut nichts zu suchen.

Lassen Sie Ihren Hund nicht von der Leine, wenn fremde Menschen, insbesondere Kinder, in der Nähe sind. Es gibt Menschen, die haben Angst und empfinden freilaufende Hunde als Bedrohung.

Achten Sie in Feld und Wald darauf, dass Ihr Hund nicht freilebenden Tieren nachsetzt. Diese Tiere brauchen Ihre Energie zum Überleben in der Natur.

### Bitte nehmen Sie Rücksicht!

Nur dann kann Tierschutz für alle akzeptabel werden.

Ihre Ute Kroiß

# Kindertagegebühren – wie hoch ist angebracht – wie hoch ist zumutbar?

Zum 1. Januar diesen Jahres mussten Eltern in Büttelborn wieder tiefer in die Tasche greifen. Nach der Erhöhung zum Oktober 2012 folgt jetzt die nächste Erhöhung und ein Ende ist nicht abzusehen – sofern nichts Außergewöhnliches geschieht.

Die Vorgaben, wie Kinderbetreuung auszusehen hat und welche Maßnahmen die Kommunen zu ergreifen haben, kommt vom Bund. Umsetzen müssen es die Gemeinden. Mit wenig finanziellen Hilfen haben sie die Lasten zu schultern.

### Logische Gründe für Vorgaben

Keinesfalls sollen hier die Ideen schlecht geredet werden. Selbstverständlich macht es Sinn, jungen Familien rasch die Möglichkeit zu geben, so schnell wie gewünscht wieder ins Arbeitsleben zurück zu kehren. Oft ist dies einfach wirtschaftlich erforderlich, oder beruflich – weil man durch zu lange Abwesenheit befürchten muss den Anschluss zu verlieren. Und nicht zu vergessen: Deutschland braucht wegen der demografischen Entwicklung Einzahlern in die Sozialkassen. Und natürlich muss es auch Regelungen wie Gruppengrößen, Anzahl der Erzieherinnen pro Gruppe, Pädagogik, usw. bis hin zu Gebäudestandards geben.

Für Berufstätige sind natürlich auch flexible Öffnungszeiten der Kitas notwendig. Mühsig aufzuzählen, was die Kommunen noch alles zu erfüllen haben.

### Einheitliche Regelungen fehlen

Die Information ist nicht neu, aber nach wie vor interessant: Jedes Bundesland und Kommune trifft eigene Regelungen. Nicht nur unser Nachbarland Rheinland-Pfalz kommt für die Grundbetreuungszeiten auf. Hessen, tut dies bekanntlich nur im letzten Kindergartenjahr. Hessen zahlt in den Länderfinanzausgleich ein, Rheinland-Pfalz erhält aus diesem Topf Geld.

Die Kommunen haben ebenfalls unterschiedliche Sätze. Groß-Gerau und Mörfelden-Walldorf staffeln nach Familieneinkommen. Manche Gemeinden berech-

(8.00-12.00 Uhr), wurde nun zum 1. Januar 2014 auf 108€ erhöht. Das ergibt eine prozentuale Steigerung von 20% innerhalb von noch nicht einmal 1½ Jahren. Die-

sung zu finden, bildete sich jetzt eine GroKo, die zu keinen Kompromissen bereit war. Insbesondere von der SPD-Fraktion hätte man seitens der GLB mehr Gesprächsbereitschaft erwartet. Interessant ist in diesem Zusammenhang (wenige Wochen nach der Abstimmung der Gemeindevertretung) doch die Aussage des SPD-Fraktionsvorsitzenden beim Neujahrsempfang seiner Partei (Quelle Groß-Gerauer Echo 10.02.2014): Nach der verlorenen Bürgermeisterwahl muß die SPD akzeptieren, daß mit Andreas Rotzinger ein CDU-Politiker auf dem Chefsessel im Rathaus sitzt. „Der sozialpolitische Gedanke ist verschunden“, wirft Spörck dem neuen Bürgermeister vor: „Vielmehr liegt der Fokus nun auf der Betriebswirtschaftlichkeit der Gemeinde.“

### Neue Lösungen müssen gefunden werden

Die 25%-Vereinbarung liegt viele Jahre zurück. Wenn sich mehr und mehr bestätigt, dass diese daraus resultierenden Summen für junge Familien nur noch schwer zu leisten sind, sollte man sich auf andere Faktoren zur Gebührenerhebung verständigen. Sicherlich hat die Gemeinde Büttelborn ein Haushaltsdefizit, dennoch darf man die Eltern finanziell nicht überfordern. Hier sind neben Gemeindevorstand und Verwaltung, auch die Fraktionen gefordert. Und auch die Elternbeiräte müssen einbezogen werden. Man sollte bald damit anfangen um nicht unter Zeitdruck zu geraten – denn nach dem „alten Berechnungsmodus“ wird auch im Jahr 2015 mit deutlichen Erhöhungen zu rechnen sein.



nen Pauschalsätze egal für welche Uhrzeit, Büttelborn rechnet die einzelnen Tagesstunden unterschiedlich ab.

### Gebühren in Büttelborn im Vergleich zu anderen Kommunen hoch

Im Dezember wurde also der Beschluss in der Gemeindevertretung für eine weitere Erhöhung gefasst. Die GLB stimmte aus folgenden Gründen dagegen: Waren sich die Fraktionen bei der Erhöhung im Krippenbereich (unter 3-jährige) noch einig, gingen die Meinungen bei den älteren Kindern auseinander. Nach der Gebührenerhöhung im Sommer 2012 von 90 auf 99€ pro Monat für die Grundbetreuungszeit

ser Prozentsatz steht in keinem Verhältnis zu den Einkommenszuwächsen. Die GLB wollte eine moderate Erhöhung, doch beide andere Fraktionen beharrten bei ihrer Entscheidung auf einer Vereinbarung, wonach 25% der Kitakosten von den Eltern (Rest von der Kommune) zu tragen sind. Dieser Beitrag, auf die Gebührensatzung der Stadt Mörfelden-Walldorf übertragen, ist dort von Eltern zu zahlen, deren Einkommen über 6000€ beträgt.

### CDU und SPD nicht zu Kompromissen bereit

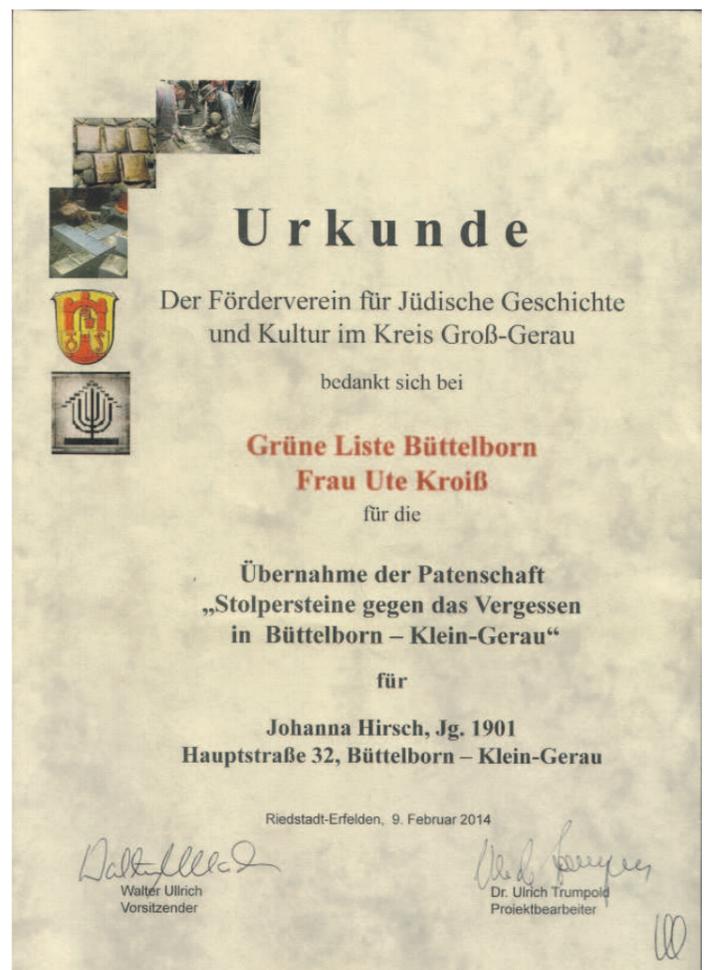
Hatten Gemeindevertreter aller Fraktionen noch im Sommer 2012 Sonderschichten eingelegt um zu einer maßvollen Gebührenanpas-

# GLB übernimmt Patenschaft für Stolperstein in Klein-Gerau

Die Erste Vorsitzende Ute Kroiß hat stellvertretend für die GLB die Patenschaft für den Stolperstein für Johanna Hirsch in der Hauptstraße 32 übernommen



Zur Erinnerung an das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Klein-Gerau während der Nazi-Terrorherrschaft verlegte der Kölner Künstler Günther Dennig in der Hauptstraße 32 Gedenksteine für die Familie Kugelmann und Johanna Hirsch. Die Familie Hirsch lebte seit Generationen in Klein-Gerau, Willi Kugelmann kam durch Heirat mit einer Tochter der Familie nach Klein-Gerau. Da die Familie seit 1936 ständig von den Behörden unter Druck gesetzt wurde, beschloß man 1937 nach Amerika zu fliehen. Dadurch entging die Familie glücklicherweise dem Holocaust und überlebte. Fred Kugelmann besuchte 1992 seine alte Heimat Klein-Gerau.



## Landrat Thomas Will (SPD) empfiehlt Büttelborn weitere spürbare KiTa-Gebührenerhöhungen!

In seinem Schreiben an die Gemeinde Büttelborn zur „Genehmigungen der Haushaltssatzung 2014“ vom 19.02.2014 fordert Landrat Thomas Will (SPD) den Gemeindevorstand auf: „In Anbetracht des oben dargestellten sehr hohen und ständig ansteigenden Plandefizits im KiTa-Bereich sollte aber eine weitere spürbare Gebührenerhöhung in Erwägung gezogen werden, um das Ziel eines Haushaltsausgleichs spätestens im Jahr 2020 nicht zu gefährden.“

Das sind schon recht ungewöhnliche Töne für einen Sozialdemokraten, rangieren die KiTa-Gebühren in Büttelborn doch in der Spitzengruppe im Kreis Groß-Gerau. Immerhin stärkt er der lokalen SPD damit den Rücken, die die KiTa-Gebührenerhöhung von mehr als 10% im letzten November zusammen mit der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der GLB durchsetzte.

Junge Familien dürfen sich somit im kommenden Jahr auf weitere Mehrkosten gefasst machen.

## GLB Termine

### GLB-Gemarkungsradtour

Am 24. Mai findet die diesjährige GLB-Gemarkungsradtour statt. Nachdem im letzten Jahr der Schwerpunkt auf der Gemarkung Büttelborn lag, wollen wir uns in diesem Jahr den Ortsteilen Klein-Gerau und Worfelden widmen. Interessierte Ortsbürger sind herzlich eingeladen. Die genaue Uhrzeit und den Treffpunkt entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder unserer Netzseite (s.u.).

### Fraktionssitzungen

Montag 07. 04. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 05. 05. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 19. 05. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 02. 06. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 16. 06. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 30. 06. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 14. 07. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 28. 07. 2014 20:00 Uhr  
 — Sommerpause —  
 Montag 08. 09. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 22. 09. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 06. 10. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 20. 10. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 03. 11. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 17. 11. 2014 20:00 Uhr  
 Montag 01. 12. 2014 20:00 Uhr

Alle Fraktionssitzungen der GLB sind öffentlich und finden in der Alten Schule Klein-Gerau (Hintergebäude, Erster Stock) statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

### Jahreshauptversammlung

Unsere diesjährige Jahreshauptversammlung findet am Montag, dem 15. 12. 2014 um 20 Uhr in der Alten Schule Klein-Gerau statt.

### Internet

Informationen über die GLB und zum Stimmverhalten der Fraktion finden Sie auf unserer Netzseite [www.glb-im-web.de](http://www.glb-im-web.de).



## GLB gegen Rosenmontagsumzug?

Ist ein hoher Zuschuss zum Rosenmontagsumzug in Büttelborn vor dem Hintergrund leerer Kassen und dem daraus resultierenden Sparzwang noch zu verantworten?

Immer wieder wird man von Bürgern angesprochen, die uns vorkommen, dass wir gegen den Rosenmontagsumzug in Büttelborn seien. Dazu ist einiges richtig zu stellen.

Eine Kommune hat Pflichtaufgaben (wie z.B. Kindergärten, Straßenunterhaltung, Friedhöfe etc.), Auftragsangelegenheiten (wie z.B. Durchführung von Wahlen, Straßenordnungsdienst, Ausstellung von Pässen und Ausweisen u.ä.) sowie freiwillige Aufgaben (Unterstützung von Vereinen, Bereitstellung von Sportanlagen und Büchereien u.ä.) zu erfüllen.

Nun ist ja allenthalben bekannt, dass die der Kommune zur Verfügung stehenden Gelder seit einigen Jahren nicht mehr ausreichen. Die Verantwortlichen in den Kommunen hatten damit gerechnet, dass dies nur ein vorübergehendes Problem sei und haben sich die fehlenden Gelder auf dem Geldmarkt besorgt. Sie haben sich damit zum Teil sehr hoch verschuldet. Der Schuldendienst der

Kommune Büttelborn beträgt z. Zt. zwischen 7 und 8 Millionen Euro. Pro Einwohner beträgt die Verschuldung ca. 550€. Nachdem sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, dass trotz zum Teil drastischer Gebührenerhöhungen die Verschuldung nicht zurückgeht, sondern im Gegenteil sogar ansteigt, macht man sich bei den politisch Verantwortlichen Gedanken darüber, wo man eigentlich noch sparen könnte.

Dazu hat auch der Landrat in einem Begleitschreiben zur Haushaltsgenehmigung des Jahres 2014 hingewiesen. Dabei liegen natürlich die Ausgaben für freiwillige Aufgaben besonders im Blickpunkt. Andere Kommunen müssen dann, wie allgemein bekannt, Schwimmbäder und Büchereien schließen. Dies führt zu erheblichen Protesten in der Bevölkerung. Soweit sind wir in Büttelborn zum Glück noch nicht. Allerdings lässt auch der Zustand von einigen Straßen und Wegen zu wünschen übrig.

Die Gemeinde Büttelborn wendet nun für die Durchführung des Rosenmontagsumzugs und für die nachfolgende Reinigung der Straßen einen Betrag von 25.000€ auf. Dieser Betrag ist in den letzten Jahren auf diese Höhe angestiegen und sollte noch weiter steigen. Die GLB hat sich dafür ausgesprochen, diesen Betrag auf der Höhe von höchstens 25.000€ zu belassen oder gar eher zu senken. Vielleicht könnte das durch eine Veränderung beim Auswerfen und einer Verringerung der Verunreinigung der Straßen erreicht werden. Die Besucher des Rosenmontagsumzugs sollten in diese Überlegungen mit einbezogen werden. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Allerdings sollten sich die Verantwortlichen des Sport- und Kulturings Büttelborn auch einmal darüber Gedanken machen, ob sie nicht die Eintrittsgebühr für den Rosenmontagsumzug erhöhen sollten, um die öffentlichen Kassen nicht noch mehr zu belasten.

## Neue Urnenwand in Worfelden kommt

Nachdem sich der Gemeindevorstand zunächst abwartend verhalten hatte, kommt nun doch die neue Urnenwand auf dem Worfelder Friedhof.



Die neue Urnenwand in Worfelden, um deren Standort es lange Auseinandersetzungen wegen der Umbettung eines Familiengrabes gegeben hatte, wird demnächst errichtet.

Damit hat die Praxis, dass Worfelder ihre Toten in Klein-Gerau

bestatten mussten, wenn eine Urnenbeisetzung gewünscht war, ein Ende. Auf dem Worfelder Friedhof waren zu diesem Zeitpunkt bereits alle Urnennischen belegt.

Die GLB hat durch beharrliches Nachfragen und verschiedene Initiativen in den Ausschüssen und

im Gemeindevorstand dazu beigetragen, dass die Lücke auf dem Worfelder Friedhof geschlossen wird. Ein schon ins Auge gefasster Verzicht auf die Urnenwand wäre, vor dem Hintergrund der jahrelangen Auseinandersetzungen, ein schlechter Witz gewesen.

## Fachdienst Umwelt und Energie in der Gemeindeverwaltung etabliert

Im Rahmen der Haushaltsberatungen im Februar 2013 hatte die GLB die Einrichtung eines noch zu schaffenden Fachdienstes „Umwelt und Energie“ beantragt und zusammen mit den Stimmen der CDU durchgesetzt. Die GLB sprach sich dafür aus, die Kompetenzen der Gemeindeverwaltung in den Themenfeldern Naturschutz, Forstwirtschaft, Landwirtschaft und (regenerative) Energien umfassend zu verstärken und zu bündeln.

Viele konkrete Themen warten

auf Bearbeitung: Die energetische Sanierung der gemeindeeigenen Gebäude und Häuser; die Umsetzung von Energieprojekten wie der Aufbau von PV- und BHKW-Anlagen sowie von Nahwärmenetzen mit dem Ziel konsequenter Kosten- und CO<sub>2</sub>-Einsparung; die Organisation, bzw. Durchführung von Energieberatungen; die ökologische Bewirtschaftung des Büttelborner Walds bei gleichzeitigen Kosteneinsparungen („Modell Rüsselsheim“); die Betreuung der

Naturschutzflächen im Süden Büttelborns und die Vernässungsproblematik dort, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und zukünftige Mobilitätskonzepte in der Gemeinde.

Zum 1. Dezember 2013 wurde nun die Stelle besetzt. Die GLB wünscht Markus Ketelaer, der zuvor schon bei der Stadt Ingelheim im gleichen Themenfeld Erfahrungen sammeln konnte, gutes Gelingen bei seiner neuen Aufgabe in Büttelborn!

## Neue Gesichter bei der GLB

Bedingt durch den Wechsel zum Studienort Darmstadt hat Theresa Paul ihr Mandat für die GLB in der Gemeindevertretung Büttelborn niedergelegt. Wir danken Theresa für Ihre Arbeit in der Gemeindevertretung und im Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute.



Dieter Schulmeyer

Nachgerückt für Theresa ist Dieter Schulmeyer, Gründungsmitglied der GLB. Er vertritt die Fraktion im Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss. Wir wünschen ihm für die politische Arbeit in Büttelborn alles Gute.

Stefan Paul hat berufsbedingt sein Mandat in der Gemeindevertretung und im Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Forsten niedergelegt. Wir danken Stefan für die geleistete Arbeit und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.



Therese Best

Stefans Aufgaben in der Gemeindevertretung übernimmt Therese Best. Nachrücker für den UELF-Ausschuss ist Peter Best, der für die GLB bisher schon Mitglied in der Gemeindevertretung war.

Wir wünschen Peter und Therese Best für die politische Arbeit in Büttelborn alles Gute.

Stefans Pauls Aufgaben als Erste/r Vorsitzende/r hat die ehemalige Bürgermeisterkandidatin der GLB Ute Kroiß übernommen.



Ute Kroiß

Neuer zweiter Vorsitzender ist Andreas Barthel. Die Kasse Vorsteh schon seit einiger Zeit Horst Twardawa, der Alfred Reinheimer abgelöst hat.